

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 2. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 9. Juni 2005, um 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Hans Müller (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

i. V. von Jürgen Weber

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Anne Lütkes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Karl-Martin Hentschel

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Bildungsministerin über die Ergebnisse der letzten Kultusministerkonferenz	5
2. Vorstellung von Staatssekretär Jost de Jager im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	7
3. Überprüfung der Schließung des Fachbereichs Bauwesen in Eckernförde	8
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/18	
4. Erhalt der Rechtsmedizin an den Universitätsklinikstandorten Kiel und Lübeck	10
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/16	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten	11
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/12	
6. Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein für das Jahr 2005	12
Drucksache 16/50	
7. Entwurf einer Terminplanung für das Jahr 2005	13

8. Verschiedenes

14

**Folgender Tagesordnungspunkt wird nicht öffentlich gemäß Artikel 17
Abs. 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 GeschO beraten:**

**9. Petition 1691-15-b
Vergabewesen; Forschungsschiffahrt**

interner Umdruck 16/38

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Bildungsministerin über die Ergebnisse der letzten Kultusministerkonferenz

M Erdsiek-Rave berichtet über die Ergebnisse der 310. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 2. und 3. Juni 2005 in Quedlinburg. Die KMK habe sich auf Eckpunkte für die gegenseitige Anerkennung von Bachelor- und Master-Abschlüssen in den Lehramtsstudiengängen verständigt und dabei erneut die Bedeutung der Lehrerbildung für die Qualität des Schulunterrichts hervorgehoben. Künftig sollten Bachelor- und Master-Abschlüsse in der Lehrerausbildung in allen Ländern anerkannt werden, wenn das Studium während der Bachelor-Phase sowie der Master-Phase mindestens zwei Fachwissenschaften sowie Bildungswissenschaften integriere.

Um eine verbesserte Orientierung an den Erfordernissen des Lehrerberufs zu erreichen, würden schulpraktische Studien bereits im Bachelor-Studiengang angeboten; der Anteil schulpraktischer Studien im Studium werde insgesamt deutlich erhöht.

Die KMK strebe eine stärkere Vernetzung der Bildungs- und Fachwissenschaften und deren Didaktik sowie der schulpraktischen Studien an. Die konsekutiven Studiengänge dürften nicht zu einer Verlängerung der bisherigen Regelstudienzeiten führen. Die Länder sollten künftig alle Studiengänge, durch die die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt würden, modularisieren, die Module an den ländergemeinsamen Standards ausrichten und die Studiengänge begleitend evaluieren. Wie alle Bachelor- und Master-Studiengänge seien auch die Bachelor- und Master-Studiengänge in der Lehrerausbildung beim Akkreditierungsrat zu akkreditieren. Im Rahmen des Akkreditierungsverfahrens sei insbesondere die Einhaltung der ländergemeinsamen fachlichen Anforderungen für die Lehrerausbildung festzustellen.

Bisher auf den Weg gebrachte, in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen festgelegte, Studiengänge könnten in der von der Landesregierung beschlossenen Form durchgeführt werden.

Des Weiteren habe die Kultusministerkonferenz zum Umgang mit der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung in allen Ländern vereinbart, dass die Neuregelung nach Ablauf der Übergangsfrist bis 31. Juli dieses Jahres verbindlich in Kraft trete. Ausgenommen seien diejenigen Bereiche, in denen der Rat für deutsche Rechtschreibung seine Beratungen noch nicht abgeschlossen habe; in diesen Bereichen werde bei der Bewertung Toleranz geübt. Das betreffe die Getrennt- und Zusammenschreibung, die Worttrennung und die Interpunktion. Für den Überschneidungsbereich von Getrennt- und Zusammenschreibung sowie Groß- und Kleinschreibung gelte diese Toleranzklausel ebenso.

Außerdem habe die Kultusministerkonferenz ein ausführliches Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Herrn Braun, geführt und eine gemeinsame Erklärung abgegeben, die den Wert des dualen Systems der Berufsausbildung betone und gleichzeitig den Wert der vollzeitschulischen Ausbildung anerkenne.

Ferner teilt die Ministerin mit, wegen der hohen Arbeitsbelastungen durch die bevorstehende KMK-Präsidentschaft im Jahr 2006 habe sie die Bundesratsbeauftragung im EU-Bildungsministerrat zurückgegeben; diese Beauftragung werde künftig Wissenschaftsminister Zöllner aus Rheinland-Pfalz übernehmen. Eine Umbesetzung gebe es auch in der Amtschefkommission „Qualitätssicherung in Schulen“: St Dr. Meyer-Hesemann sei von der KMK gemeinsam mit dem bayrischen Kollegen Erhard als neuer Vorsitzender dieser Amtschefkommission benannt worden.

Im Zuständigkeitsbereich des Wissenschaftsministeriums sei beschlossen worden, das Kapazitätsrecht fortzuentwickeln, um den Ländern zu ermöglichen, länderspezifische Kapazitätsregelungen für Studiengänge zu entwickeln.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug teilt M Erdsiek-Rave abschließend mit, die Themen Wissenschaft und Forschung würden vom Wissenschaftsministerium in der KMK vertreten, der Bereich Kultur von der Staatskanzlei.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorstellung von Staatssekretär Jost de Jager im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

St de Jager, Staatssekretär für Wissenschaft und Technologie im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, stellt sich und den Zuschnitt des neuen Wissenschafts- und Wirtschaftsministeriums kurz vor. Mit der Zusammenführung der Bereiche Wissenschaft und Wirtschaft erhoffe man sich eine bessere Abstimmung und Stärkung der Förderung von Forschung, Wissenschaft und Technologie und setze bewusst einen politischen Akzent in der Wissenschaftspolitik, insbesondere beim Wissens- und Technologietransfer. 40 % der Ausgaben des neuen Ministeriums entfielen auf den Wissenschaftsbereich. Die Landesregierung werde versuchen, eine räumliche Zusammenführung der an verschiedenen Standorten untergebrachten Abteilungen alsbald zu erreichen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Überprüfung der Schließung des Fachbereichs Bauwesen in Eckernförde

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/18

(überwiesen am 27. April 2005 an den **Wirtschaftsausschuss** und den **Bildungsausschuss**)

hierzu: Umdruck 16/61

St de Jager beantwortet die von Abg. Dr. Klug in Umdruck 16/61 gestellten Fragen und sagt auf Wunsch des Ausschusses zu, dem Ausschuss zeitnah eine schriftliche Antwort zuzuleiten. Er bekräftigt die Auffassung der Landesregierung, dass die Konzentration des Fachbereichs Bauwesen an der Fachhochschule Lübeck entsprechend den Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen konsequent durchgeführt werde. Der Prozess der Zusammenlegung sei so weit fortgeschritten, dass er praktisch unumkehrbar sei.

Abg. Dr. Klug bezweifelt, dass die von der Landesregierung angegebenen Kostenschätzungen stichhaltig seien. Das Rektorat der Fachhochschule Kiel habe wesentlich höhere Kosten ermittelt. So fielen nach Berechnungen der Fachhochschule Umzugskosten unter Einschluss der Verlagerung der Materialprüfanstalt und der Bibliothek nach Lübeck von rund 1 Million € an. Mit der gleichen Summe rechne das Rektorat bei den Personaltransferkosten, weil man davon ausgehe, dass es in großem Umfang nicht zu einvernehmlichen Personalumsetzungen kommen werde. Außerdem habe die Kieler Fachhochschule nach eigener Aussage in sehr großem Umfang Kosten der gesamten Maßnahme zu tragen, die nicht durch entsprechende Kostenentlastungen (durch Personalverlagerungen oder bei den Sachkosten) ausgeglichen würden, so dass sich schon in diesem Jahr mehrere anstehende Berufungsverfahren um drei bis vier Monate verzögerten, um die Finanzierungslücke auszugleichen, die die Fachhochschule Kiel im Jahr 2006 in eine extrem schwierige Haushaltslage bringen könne. Er bezweifle, dass die Entwicklung unumkehrbar sei, und erhalte seine Forderung aufrecht, hinsichtlich der Schließung des Fachbereichs Bauwesen der Fachhochschule Kiel in Eckernförde ein Moratorium durchzuführen.

Auch Abg. Spoorendonk beklagt, dass nach ihrem Eindruck in erster Linie die Fachhochschule Kiel die Kosten der Maßnahme, insbesondere die Umzugskosten, zu tragen habe. Sie

möchte wissen, inwieweit für die Verlagerung des Fachbereichs Bauwesen von Eckernförde nach Lübeck bereits Haushaltsmittel geflossen seien.

St de Jager weist darauf hin, Träger der Umzugsmaßnahme sei die Fachhochschule Lübeck. Die Übernahme von sieben Stellen durch die Fachhochschule Kiel sei eine freiwillige Maßnahme der Fachhochschule und dürfe nicht in die Gesamtkalkulation der Maßnahme einbezogen werden. Das von Abg. Dr. Klug geforderte Moratorium hätte Auswirkungen auf die Planungssicherheit anderer Hochschulen (Muthesius-Hochschule). Er gehe davon aus, dass mit den durch HBFG-Mittel finanzierten Baumaßnahmen in Lübeck im Jahr 2006 begonnen werden könne.

Abg. Dr. Höppner erinnert daran, dass sich im Zuge der Empfehlungen der Erichsen-Kommission alle Fraktionen des Landtages dafür ausgesprochen hätten, zukünftig nur noch ein Baukompetenzzentrum im Lande vorzuhalten. Eine Verlagerung des Fachbereichs Bauwesen von Lübeck nach Eckernförde hätte Kosten in mindestens der gleichen Höhe verursacht.

Abg. Herbst legt Wert darauf, eine Vertagung der Beschlussfassung über den FDP-Antrag nicht als Zeichen dafür zu werten, die Zusammenlegung des Fachbereichs Bauwesen am Standort Lübeck infrage zu stellen.

Auch Abg. Lütkes bekennt sich namens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der beschlossenen Konzentration des Fachbereichs Bauwesen an der Fachhochschule Lübeck.

St de Jager teilt mit, in dem bevorstehenden Gespräch mit dem Rektorat der Fachhochschule Kiel und dem Dekanat des Fachbereichs Bauwesen am 10. Juni 2005 werde er die aufgeworfenen Fragen klären und mit der Fachhochschule das weitere Vorgehen besprechen, damit der Prozess der Zusammenlegung des Fachbereichs Bauwesen in Lübeck entsprechend den Zielvereinbarungen weiter vorangebracht werde.

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, die Kostenberechnungen der Maßnahme noch einmal zu überprüfen, und beschließt, über den FDP-Antrag auf der Grundlage der schriftlichen Antworten des Wissenschaftsministeriums in der nächsten Sitzung, am 18. August 2005, weiter zu beraten und abzustimmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Erhalt der Rechtsmedizin an den Universitätsklinikstandorten Kiel und Lübeck

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/16

(überwiesen am 27. Mai 2005 an den **Bildungsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss beschließt, bis 31. Juli 2005 von folgenden Institutionen und Verbänden schriftliche Stellungnahmen einzuholen: Innenministerium, Justizministerium, Wissenschaftsministerium, Vorstand des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, Medizinische Fakultäten der CAU und der MUL, Ärztekammer, Gewerkschaften, Verbände der Polizei, der Richter und der Staatsanwälte. Über den FDP-Antrag soll in der nächsten Sitzung, am 18. August 2005, beraten und abgestimmt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12

(überwiesen am 25. Mai 2005 an den **Bildungsausschuss**, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss kommt überein, mit dem Sozialausschuss sowie dem Innen- und Rechtsausschuss zu dem FDP-Gesetzentwurf und dem von der Landesregierung erwarteten Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes möglichst zeitnah eine gemeinsame Anhörung durchzuführen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz
Schleswig-Holstein für das Jahr 2005**

Drucksache 16/50

Kapitel 4.8 - Wissenschaft und Bildung (S. 65 bis 68)

(überwiesen am 27. Mai 2005 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle
übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Bildungsausschuss betont die Bedeutung und Einhaltung des Datenschutzes im schulischen Bereich (insbesondere vor dem Hintergrund vermehrter zentraler Prüfungen) sowie im Hochschulbereich. Hinsichtlich der festgestellten Mängel an der Fachhochschule Lübeck erwartet der Ausschuss, dass die Fachhochschule Lübeck die Prüfungsergebnisse im Dialog mit dem ULD abarbeitet.

Der Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht des ULD abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf einer Terminplanung für das Jahr 2005

Der Ausschuss beschließt folgende Sitzungstermine 2005:

Donnerstag, 18. August, 14 Uhr

Donnerstag, 15. September, 10 Uhr, Haushaltsberatungen Epl 07 (Bildung) und
Epl 03 (Kultur) mit Finanzausschuss

Mittwoch, 21. September, 10 Uhr, Haushaltsberatungen Epl 06 (Wissenschaft)
mit Finanzausschuss

Donnerstag, 22. September, 14 Uhr

Donnerstag, 3. November, 14 Uhr

Donnerstag, 1. Dezember , 14 Uhr.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Um der Stimme des **Bildungsausschusses** und der Bedeutung der Bildungspolitik mehr Gewicht zu verleihen, beschließt der **Ausschuss** auf Vorschlag der Vorsitzenden, seine **Öffentlichkeitsarbeit** zu stärken: Neben Pressemitteilungen und eigenen Veranstaltungen will der Ausschuss im Laufe der nächsten fünf Jahre in jedem Kreis beziehungsweise in jeder kreisfreien Stadt einmal eine Sitzung durchführen und sich vor Ort über interessante bildungspolitische Schwerpunkte informieren. Die Mitglieder des Ausschusses werden gebeten, entsprechende Vorschläge für einen Besuch des Bildungsausschusses in ihrer Region zu benennen.

Punkt 9 der Tagesordnung

Petition 1691-15-b
Vergabewesen; Forschungsschiffahrt

interner Umdruck 16/38

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 GeschO nicht öffentlich beraten (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 15:20 Uhr.

Sylvia Eisenberg
Vorsitzende

Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer